

Grundzüge und Tendenzen der südkoreanischen Außenpolitik 2001/2002

Bertele, Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bertele, J. (2002). Grundzüge und Tendenzen der südkoreanischen Außenpolitik 2001/2002. *Korea - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 39-53. <https://doi.org/10.11588/kjb.2002.0.3055>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Grundzüge und Tendenzen der südkoreanischen Außenpolitik 2001/2002¹

Joachim Bertele²

1 Einleitung

Während die südkoreanische Wirtschaft schneller als erwartet wieder für positive Schlagzeilen sorgte, ist die außenpolitische Bilanz Südkoreas im vergangenen Jahr eher durchwachsen ausgefallen, mit verschiedenen hoffnungsvolleren Tönen am Ende des Berichtszeitraums.

Die Annäherungspolitik gegenüber Nordkorea kam über weite Strecken zum Stillstand. Präsident Kim Dae-jung hat im Zuge der Auseinandersetzung um einen Besuch von Nichtregierungsvertretern in Pyongyang im August/September 2001 erneut die Mehrheit im Parlament verloren. Das Scheitern der 6. Ministergespräche im November setzte der Sonnenscheinpolitik faktisch vorerst ein Ende. Südkorea hielt jedoch grundsätzlich an ihr fest, dagegen wurde der Ton der USA gegenüber Nordkorea im Zeichen des Kampfes gegen den Terrorismus zunehmend rauer. Mit dem Besuch des Beraters des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung und Hauptgestalters der Sonnenscheinpolitik, Lim Dong-won, in Nordkorea vom 3. bis zum 6.4.2002 und verschiedenen Gesprächen zwischen dem US-Nordkoreabeauftragten Pritchard und dem nordkoreanischen UN-Vertreter Park Ende März in New York sind immerhin wieder höherrangige Gesprächskanäle eröffnet. Taten müssen noch folgen.

Im Verhältnis Südkoreas zu Washington gab es immer wieder Misstöne, die von der Unterbringung der amerikanischen Soldaten in Seoul über neue Einzelheiten zur Tötung von Flüchtlingen durch US-amerikanische Truppen im Koreakrieg bis hin zu Sorgen vor einer verstärkt unilateralistischen Politik der USA reichten. Die Folge waren einige USA-kritische Demonstrationen. Von einer wachsenden allgemeinen anti-amerikanischen Grundhaltung in Südkorea kann aber kaum die Rede sein.

Die Beziehungen zu Japan wurden im Sommer 2001 ganz erheblich durch den Schulbuchstreit und den Besuch Koizumis im Yasukuni-Schrein belastet. Die aus koreanischer Sicht unzureichende Auseinandersetzung Japans mit der gemeinsamen Geschichte und den Empfindlichkeiten der früheren Opfer von Besatzung und Kriegsverbrechen hat ohnehin bestehende Vorbehalte gegen Japan verstärkt und alte Wunden wieder aufgerissen. Dem besonnenen Verhalten der koreanischen Regierung und der Bereitschaft Koizumis, durch versöhnliche Gesten den außenpolitischen Schaden zu begrenzen, ist es zu verdanken, dass der Streit nicht weiter eska-

¹ Von Juli 2001 bis April 2002.

² Der Verfasser gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

liert ist. Die gemeinsame Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft ist nun wieder mehr Chance als Gefahr für das bilaterale Verhältnis.

Von den regelmäßigen Umbesetzungen in der Regierung waren auch Außen- und Vereinigungsministerium betroffen: das Vereinigungsministerium gleich zweimal mit dem von der Opposition erzwungenen Ausscheiden von Lim Dong-won und der Ablösung seines Nachfolgers Hong, nur fünf Monate später. Im Außenministerium musste Minister Han Seung-soo im Februar 2002 seinem Nachfolger Choi Sung-hong Platz machen.

2 Beziehungen zu Nordkorea

2.1 Jahr des Rückschritts

Die Nordkoreapolitik war durch viel Schatten und am Ende etwas Licht gekennzeichnet. Die Euphorie über das Gipfeltreffen von Kim Dae-jung und Kim Jong-il in Pyongyang im Juni 2000 ist in diesem Jahr der Enttäuschung über die Stagnation des Prozesses gewichen. Der verabredete Gegenbesuch Kim Jong-ils in Südkorea hat bislang nicht stattgefunden. Die geplante Eisenbahnverbindung zwischen beiden koreanischen Staaten ist im Norden nicht in Angriff genommen worden. Gleiches gilt für die Öffnung einer Zufahrt aus dem Süden in das Tourismusgebiet am Mt. Kumgang.

Der Prozess war schon zum Jahresende 2000 ins Stocken geraten, als deutlich wurde, dass die nordkoreanische Seite in einer Vielzahl von Verhandlungsrunden zwar zum Reden, aber nicht zum Verhandeln und nicht zu eigenen Konzessionen bereit war. Die für März 2001 angesetzten Ministerkonsultationen wurden von nordkoreanischer Seite ohne nähere Angabe von Gründen abgesagt. Äußerer Anlass für die nordkoreanische Absage mag zu diesem Zeitpunkt der Regierungswechsel in Washington, die außenpolitische Neuorientierung der USA und das Treffen zwischen Kim Dae-jung und Bush Anfang März gewesen sein. Bei diesem Treffen gab Bush seine Zweifel an der Verlässlichkeit des Nordkoreaners Kim Jong-il öffentlich zum Ausdruck, und Kim Dae-jung wirkte nach nordkoreanischer Lesart als amerikanischer Befehlsempfänger ohne eigenständige Außenpolitik. Nach dreimonatiger Politiküberprüfung hat Washington dann die konventionelle Abrüstung als Teil der Agenda gegenüber Nordkorea ins Spiel gebracht, was von einigen Beobachtern als Bedingung für weitere Gespräche verstanden wurde. Die spätere Klarstellung Außenminister Powells, dass man zu jeder Zeit ohne Vorbedingungen zu Gesprächen über alle Themen bereit sei, hat Nordkorea nicht wieder zur Aufnahme von Gesprächen mit Washington bewegen können. Ganz im Gegenteil, Nordkorea hat seinerseits den Abzug der US-Truppen aus Südkorea auf die Agenda gesetzt, obwohl Kim Jong-il beim Gipfel 2000 gegenüber Kim Dae-jung in diesem Punkt angeblich konzessionsbereit gewesen sein soll. Verhärtung allerorten.

Auf dem Höhepunkt der innenpolitischen Krise in Südkorea um das Misstrauensvotum gegen den damaligen Vereinigungsminister und jetzigen Präsidentschafts-

berater Lim Dong-won³ kam es zwischenzeitlich zu einem positiven Signal. Nordkorea zeigte am 2. September 2001 wieder Gesprächsbereitschaft mit dem Süden. Der Süden nahm das Angebot sofort auf, daraus resultierten die 5. Ministergespräche vom 15. bis zum 18. September in Seoul, wenige Tage nach den Anschlägen von New York und vor dem internationalen Vorgehen in Afghanistan.

Das Gespräch erbrachte, abgesehen von der Vereinbarung eines neuen Familientreffens, kaum konkrete Resultate. Man kam überein, dort weiterzumachen, wo man im Frühjahr aufgehört hatte, stimmte eine Agenda für sechs darauffolgende Wochen ab und setzte Arbeitsgruppen ein.⁴

Ende Oktober sollte dann das sechste Ministertreffen stattfinden. Es dauerte allerdings nicht einmal einen Monat, bis die Gespräche wieder zusammenbrachen. Der Norden sagte die vereinbarte vierte Familienbegegnung kurzfristig mit der Begründung ab, dass der Alarmzustand im Süden nach den Attentaten vom 11. September eine sichere Durchführung nicht gewährleiste. Trotz der Absage der Familienbegegnung und anderer beim 5. Ministertreffen vereinbarter Gespräche auf Arbeitsebene kam es mit einigen Tagen Verspätung noch zum 6. Ministertreffen auf dem Mt. Kumgang. Nach mehrfacher Verlängerung der Gespräche schien eine Einigung sehr

³ Lim Dong-won sah sich einem Misstrauensvotum der Opposition zusammen mit dem bisherigen Koalitionspartner ULD gegenüber, nachdem bei einer Reise mehrerer Hundert südkoreanischer NGO-Vertreter nach Pyongyang zu den Feierlichkeiten des 15. August (Tag der Befreiung von der japanischen Besatzung) auch einige angeblich pronordkoreanische Handlungen erfolgten. Über den Misstrauensantrag zerbrach die Koalition, und Kim Dae-jung verlor die Mehrheit im Parlament. Im Einzelnen dazu unter 2.3.

⁴ Ergebnisse des 5. Ministertreffens:

1. Vierte Runde von Familienzusammenkünften Nord-Süd (100 Personen) vom 16. bis zum 18. Oktober.
2. Umgehende Herstellung einer Eisenbahn- und Strassenverbindung zu dem nahe der südkoreanischen Grenze gelegenen nordkoreanischen Industrialisierungsprojekt Kaesong.
3. Aktive Zusammenarbeit bei der Verbindung der Eisenbahnen im Norden und Süden Koreas sowie Russlands und Untersuchung des Projektes einer Naturgaspipeline von Russland durch die koreanische Halbinsel.
4. Baldige Gespräche auf Arbeitsebene, um das Kaesong-Projekt insgesamt voranzutreiben.
5. Baldige innerstaatliche Umsetzung der bereits vereinbarten vier Abkommen im Bereich der Wirtschaftszusammenarbeit.
6. Fact Finding am Grenzfluss Imjin zur Erarbeitung von Maßnahmen gegen die dortigen Überschwemmungsgefahren.
7. Baldige Arbeitsgespräche der Schifffahrtsbehörden über die Möglichkeit der friedlichen Durchfahrt ziviler Schiffe durch die Gewässer des jeweils anderen. Baldige Gespräche auf Arbeitsebene über gemeinsame Fischerei in den Gewässern des Nordens.
8. Lösung der Probleme des Mt.-Kumgang-Projektes. Hierfür wurde ein Treffen auf Arbeitsebene für den 4. Oktober anberaumt.

Zur Umsetzung der Punkte 2-5 sollte das Nord-Süd-Wirtschaftskooperationskomitee genutzt werden. Das Komitee sollte vom 23. bis zum 26. Oktober tagen.

nahe. Zum Schluss scheiterte ein Gesamtpaket, weil man sich nicht auf ein konkretes Datum für ein 7. Ministertreffen in Seoul verständigen konnte. So endete das Treffen ganz ohne Ergebnis.

Der Norden machte dafür die harte Verhandlungsführung des neuen südkoreanischen Vereinigungsministers Hong verantwortlich. Hong erhielt im Süden dann auch eher Beifall von der oppositionellen GNP. Präsident Kim Dae-jung war offenbar nicht zufrieden. Nach Presseberichten soll auch Hongs Vorgänger Lim, der nach seinem erzwungenen Rücktritt dem Präsidenten weiter als Berater in innerkoreanischen Angelegenheiten zur Verfügung steht und als wesentlicher Gestalter der Sonnenscheinpolitik gilt, die Verhandlungsführung seines Nachfolgers kritisiert haben. Hong wurde dann bei der Kabinettsumbildung im Januar, erst fünf Monate im Amt, ausgewechselt, obwohl der formale Grund für das Revirement⁵ auf ihn nicht zutraf.

Doch Präsident Kim fand in der Folge auch kritischere Worte gegenüber Nordkorea und zeigte sich enttäuscht über die fehlende Kooperation aus Pjöngjang. Er mag gespürt haben, dass die Bevölkerung seine Sonnenscheinpolitik allmählich als teure Anbiederung an den Norden begriff. Ohne weit gehenden Konsens in Südkorea wäre aber die politische Initiative Kim Dae-jungs nach dem Ende seiner Präsidentschaft dem Verfall preisgegeben. So versuchte er nun das Gesprächsangebot an den Norden aufrechtzuerhalten und gleichzeitig innenpolitisch dem Eindruck der Einseitigkeit seiner Politik entgegenzutreten.

Obwohl der Süden Ende November den Alarmzustand der Armee aufhob, kam zunächst noch keine Bewegung in den festgefahrenen Prozess. Erst als Präsident Kim Dae-jung in seiner Neujahrspressekonferenz Mitte Januar für sein letztes Amtsjahr noch einmal eine aktive Nordkoreapolitik ankündigte und die südkoreanische Regierung staatliches Geld zur Unterstützung des wirtschaftlich gefährdeten Mt.-Kumgang-Tourismusprojektes zur Verfügung stellte, kamen auch vom Norden wieder schwache Signale neuer Gesprächsbereitschaft.

Präsident Kim Dae-jung benannte in seinem Neujahrsprogramm fünf Ziele für das verbleibende Amtsjahr:

- Wiederaufnahme der Familienbegegnungen,
- Verbindung einer Eisenbahnstrecke zwischen Nord- und Südkorea bei Kaesong,
- Errichtung einer direkten Landverbindung zum Mt. Kumgang und Einrichtung einer Sonderwirtschaftszone zur Rettung des Mt.-Kumgang-Projektes,
- Errichtung einer Sonderwirtschaftszone bei Kaesong,
- vertrauensbildende Maßnahmen.

Diese Ziele versuchte er auch durch den Besuch seines Sonderbeauftragten für die Nordkoreapolitik und früheren Vereinigungsministers Lim Dong-won in Pjöngjang vom 3. bis zum 6.4. zu verfolgen. Anders als das 6. Ministertreffen führten Lims Gespräche nicht nur zu einem Treffen mit Kim Jong-il, sondern auch inhaltlich zu einem Ergebnis. Neu im Vergleich zum Ergebnis früherer Gespräche war die Bereit-

⁵ Präsident Kim wollte die Minister mit Parlamentsmandat auswechseln, um für den Rest seiner Amtszeit ein überparteiliches Expertenkabinett zu bilden.

schaft Nordkoreas, den US-amerikanischen Sonderbeauftragten für Nordkorea, Jack Pritchard, zu empfangen. Die übrigen Vereinbarungen sind im Wesentlichen auf bekannter Linie (neuer Termin für 4. Familienbegegnung, Absichtserklärungen zur Verbindung von Eisenbahnstrecken und Straßen, wirtschaftliche und militärische Gespräche).⁶ Es kommt auf die Umsetzung an.

Die Frage bleibt, warum der Norden nun mehr Interesse am ernsthaften Dialog haben sollte als in den Monaten seit Ende 2000?

Die eine überzeugende Antwort darauf gibt es nicht. Lohnend ist ein Blick auf die Gründe für das zwischenzeitliche Stocken des Prozesses. Dafür gibt es wahrscheinlich eine Mehrzahl von Ursachen:

- Die Sorge, insbesondere beim nordkoreanischen Militär, bezüglich einer Destabilisierung der nordkoreanischen Führung durch die Öffnungspolitik. Die Sonnenscheinpolitik wird teilweise als Mittel der Überwindung des nordkoreanischen Regimes verstanden.
- Die Enttäuschung über das bisher von Südkorea Erlangte. Möglicherweise hat man sich von Kim Dae-jungs Sonnenscheinpolitik höhere wirtschaftliche Leistungen erwartet (insbesondere Energie).

⁶ Inhalt der Gemeinsamen Presseerklärung:

Beide Seiten einigten sich auf folgende Punkte (Nummerierung wie im Originaltext):

1. Gemeinsame Absicht, Spannungen auf der koreanischen Halbinsel zu vermeiden.
2. Wiederherstellung der innerkoreanischen Beziehungen auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung (Gipfeltreffen Kim Dae-jung, Kim Jong-il 2000).
3. Herstellung von Straßen- und Eisenbahnverbindungen zwischen beiden koreanischen Staaten sowohl im Westen wie (so genau bislang noch nicht ausbuchstabiert) im Osten der Halbinsel.
4. Weitere konkrete Projekte:
 - (1) Treffen des Süd-Nord-Komitees zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vom 7. bis zum 10. Mai in Seoul.
 - (2) Treffen zur Förderung des Mt.-Kumgang-Projektes am 11. Juni auf dem Mt. Kumgang.
 - (3) Vierte Begegnung getrennter Familien ab dem 28. April auf dem Mt. Kumgang.
 - (4) Entsendung eines nordkoreanischen Teams zur wirtschaftlichen Beobachtung nach Südkorea im Mai.
 - (5) Durchführung der 7. Runde der Ministergespräche in Abhängigkeit vom Fortschritt bei der Umsetzung obiger Punkte. Tagungsort oder Datum wurden nicht vereinbart.
5. Wiederaufnahme von Gesprächen zwischen beiden Militärs.
6. Zusammenarbeit auf der Grundlage der Brüderlichkeit und der gegenseitigen Hilfe.
 - Nach Aussagen von Lim Dong-won vor der Presse hat der nordkoreanische Führer Kim Jong-il darüber hinaus den Rat des südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung angenommen, Gespräche mit Washington wiederaufzunehmen. Er „erlaube“ dem US-Beauftragten für Nordkorea, Jack Pritchard, Nordkorea zu besuchen.
 - Keine Einigung wurde dagegen über ein Datum für den ausstehenden Gegenbesuch Kim Jong-ils in Südkorea erzielt. Kim Jong-il soll aber grundsätzlich am Besuchsvorhaben festgehalten haben.

- Das Abrücken der USA von der Clinton-Politik. Auch wenn die USA Gesprächsbereitschaft signalisieren, ist klar, dass sie für Gegenleistungen einen höheren Preis verlangen als zuvor die Clinton-Administration. Diesen Preis zu zahlen war Nordkorea noch nicht bereit.

Die genannten Gründe sind bestehen geblieben. Wenn trotzdem in Pyongyang die Weichen wieder auf allmählichen Dialog gestellt werden sollten, dann könnte das an neuen Versorgungs- und Düngerengpässen, also an akutem Bedarf des Nordens an neuer Unterstützung liegen, den er sich eher vom jetzigen südkoreanischen Präsidenten erhofft als von einem Nachfolger.

Hinzu könnte die wachsende Überzeugung kommen, auf Dauer keine Alternative zu Verhandlungen mit der Bush-Administration zu haben; das auch mit Blick auf die neue weltpolitische Lage nach dem 11. September und die engeren Beziehungen zwischen den USA, China und Russland. Die nächsten Monate müssen zeigen, wie viel Gewicht diese Erklärungsversuche haben.

2.2 Das bilaterale Verhältnis in Zahlen für 2001⁷

- Die südkoreanische Regierung hat im Jahr 2001 612,5 Mrd. Won (ca. 550 Mio. Euro) für innerkoreanische Projekte ausgegeben, ca. 220 Mio. Euro in Form von Zuwendungen, ca. 330 Mio. Euro als Kredite. Wichtigste Projekte waren der Bau der innerkoreanischen Eisenbahnverbindung auf südkoreanischer Seite, die Leistung von humanitärer Hilfe und die Unterstützung der KEDO. Damit lagen die Leistungen ca. 10% höher als im Vorjahr.
- Die Zahl der nordkoreanischen Flüchtlinge, die in Südkorea Aufnahme fanden, stieg von 312 (2000) auf 583 (2001).
- Die Zahl der Besucher des Mt.-Kumgang-Projektes sank von 213.000 auf unter 60.000. Hyundai Asan zahlte bislang insgesamt für das Tourismusprojekt 379,21 Mio. US\$ an den Norden.
- Die Zahl der sonstigen südkoreanischen Besucher in Nordkorea stieg um 17,5% auf 8.551 Personen. Fast die Hälfte davon entfiel auf Reisen im Rahmen des Leichtwasserreaktorbaus. 2001 besuchten 191 Nordkoreaner Südkorea, erheblich weniger als die 706 im Jahr 2000.
- Der innerkoreanische Handel nahm um ca. 5,2% auf knapp 402,9 Mio. US\$ ab (Exporte 227 Mio. US\$, Importe 176 Mio. US\$).
- Nach einer Umfrage im Oktober 2001 machen nur 30% der südkoreanischen Firmen in ihren Geschäften mit dem Norden Gewinne.

2.3 Die Sonnenscheinpolitik in der innenpolitischen Diskussion

Parallel zur Entwicklung der Beziehungen zwischen Nord und Süd wurde die innenpolitische Diskussion über die Sonnenscheinpolitik in Südkorea zusehends kontro-

⁷ Die Zahlen entstammen einer Übersicht des südkoreanischen Vereinigungsministeriums.

verser. Den Höhepunkt bildete die Auseinandersetzung um die Ablösung von Vereinigungsminister Lim Dong-won.

Teile einer Delegation südkoreanischer NGO-Vertreter beachteten bei ihrem Besuch in Pyongyang aus Anlass der Feierlichkeiten zum Befreiungstag von der japanischen Besatzung (15.8.) nicht die zuvor verabredeten Verhaltensgrundsätze. Sie feierten mit Nordkoreanern am neu errichteten Wiedervereinigungsmonument, das eher eine Vereinigung nach nordkoreanischen Vorstellungen propagieren soll. Andere Delegierte schrieben (nach südkoreanischer Lesart) pronordkoreanische Sätze in ein Gästebuch am angeblichen Geburtsort des nordkoreanischen Staatsgründers Kim Il-sung. Bei der Rückkehr der Delegation kam es zu sieben Verhaftungen aufgrund des umstrittenen Nationalen Sicherheitsgesetzes, das prokommunistische Aktivitäten unter Strafe stellt.

Dem Vereinigungsminister wurde vorgeworfen, die Reise gegen Warnungen des Justizministeriums genehmigt zu haben, wobei es ein offenes Geheimnis ist, dass diese Entscheidung im Konsens mit Präsident Kim Dae-jung gefallen ist. Der Koalitionspartner der Partei Kim Dae-jungs, die ULD, stellte sich hinter die Forderung der Opposition, der Vereinigungsminister möge zurücktreten. Da Kim Dae-jung diesen Angriff auf seine Sonnenscheinpolitik nicht hinnehmen wollte, ließ er es auf eine Misstrauensabstimmung im Parlament gegen Lim ankommen. Es kam zum Bruch der Koalition und zum Verlust der Parlamentsmehrheit.

Bei dieser Auseinandersetzung wurde auch die Enttäuschung der Bevölkerung über die ausbleibenden Erfolge der zunächst mit Begeisterung aufgenommenen Sonnenscheinpolitik deutlich. Während in einem wahrscheinlich kleinen, aber einflussreichen Teil der Bevölkerung (Armee, Teile der konservativen Elite) Nordkorea als Feind Nummer 1 gesehen wird, dem man keine helfende Hand reichen darf, unterstützt die Mehrheit der Bevölkerung im Grundsatz eine Entspannungspolitik mit Austausch und Hilfsleistungen. Doch dürfe dieser Kontakt nicht allzu einseitig verlaufen. Oppositionsführer Lee Hoi-chang versucht diese Grundstimmung der Bevölkerung in seinen Forderungen nach mehr Verifikation, Gegenseitigkeit, Transparenz und nationalem Konsens aufzunehmen. Am ehesten wird der unterschiedliche Ansatz praktisch bei der Einschätzung des Mt.-Kumgang-Projektes deutlich. Während die Regierung dieses für den Norden lukrative Projekt auch trotz seiner Unwirtschaftlichkeit für die südkoreanische Firma Hyundai Asan durch staatliche Förderung am Leben halten möchte, will die Opposition das Projekt offiziell fallen lassen. Die Probe käme bei einem Regierungswechsel.

Die Stimmung der Bevölkerung im Hinblick auf die Sonnenscheinpolitik ist auch im starken Maß von deren Erfolgen abhängig. So hat der recht erfolgreiche Besuch Lim Dong-wons im April 2002 in Pyongyang die Zustimmungsraten sicher wieder steigen lassen. Interessanter noch ist aber der Blick auf die Diskussion um den Bush-Ausspruch zur „Achse des Bösen“. Die Rede Bushs hat in Südkoreas Bevölkerung kurzfristig – und von der Regierung sicher nicht gebremst – die Besorgnis bezüglich einer neuen Krise auf der koreanischen Halbinsel wachsen lassen. Plötzlich schienen die bisherigen Ergebnisse der Sonnenscheinpolitik gar nicht mehr so dürftig. Bush hat der Sonnenscheinpolitik etwas ungewollt den Rücken gestärkt.

2.4 US-Nordkoreapolitik und Reaktionen Südkoreas

Die Nordkoreapolitik der USA ist in Folge der Terrorattentate vom 11. September vom Krieg gegen den Terror zumindest mit beeinflusst worden. Auf der einen Seite hielten die USA ihr Angebot aufrecht, mit Nordkorea ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Andererseits machte die US-Regierung keinen Hehl daraus, dass sie Nordkorea nach den Anschlägen in den USA noch verstärkt als große Gefahrenquelle betrachtet. Die USA thematisierten die Proliferation von Raketentechnik, den Besitz sowie die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und setzten Nordkorea auf die Liste der Staaten, in denen die Religionsausübung besonders gefährdet ist. Rhetorisch gewann die US-Politik eine neue Schärfe, als Präsident Bush Nordkorea in seiner Rede zur Lage der Nation als Teil der „Achse des Bösen“ bezeichnete. Schließlich wurde Nordkorea in der US-amerikanischen Nuclear Posture Review (NPR) als potenzielles Ziel für den Einsatz von Nuklearwaffen genannt.

Kurzzeitig wurde in US-amerikanischen und südkoreanischen Zeitungen sogar gemutmaßt, ob Nordkorea nach Afghanistan zu einem Ziel der amerikanischen Antiterrorkampagne werden könnte. Nordkorea reagierte auf die Anschläge in New York und Washington mit einer Verurteilung der Terrorakte und einem Beitritt zu zwei Antiterrorkonventionen und der Inaussichtstellung des Beitritts zu weiteren fünf Konventionen, aber auch mit Kritik an der US-amerikanischen Vorgehensweise in Afghanistan und ohne Bereitschaft zur Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terror. Auf kritische Töne aus den USA reagierte der Norden mit schriller Propaganda und der vehementen Forderung nach dem Abzug der US-Truppen aus Südkorea.

Von der südkoreanischen Regierung wurde die Entwicklung fast verzweifelt verfolgt. Der Stillstand im Verhältnis zwischen Washington und Pyongyang wird zum Teil für die Schwierigkeiten der Sonnenscheinpolitik verantwortlich gemacht. So forderte Präsident Kim Dae-jung die USA in seiner Neujahrspressekonferenz auf, über gesichtswahrende Maßnahmen gegenüber Nordkorea nachzudenken, wenn Washington wirklich wieder in den Dialog eintreten wolle. Mit seinem Besuch in Seoul (19.-21.2.2002) hat Präsident Bush koreanische Befürchtungen über die Bedeutung der „Achse des Bösen“ gemildert. Er hat sehr deutlich gemacht, dass im Kampf gegen den Terrorismus ganz unterschiedliche Mittel angewandt werden müssen, um zum Erfolg zu kommen. Für Nordkorea könnte also auch Diplomatie das US-amerikanische Mittel der Wahl sein.

Trotz einiger positiver Signale Ende März 2002 in Form von Treffen in New York zwischen dem US-amerikanischen Nordkoreabeauftragten Pritchard und dem nordkoreanischen UNO-Botschafter Park, der nordkoreanischen Ankündigung, wieder an Gesprächen mit der KEDO interessiert zu sein, und den nordkoreanischen Äußerungen gegenüber Lim Dong-won bei dessen Besuch in Pyongyang ist mit einem schnellen Durchbruch zwischen den USA und Nordkorea kaum zu rechnen. Allerdings gibt es ein steigendes objektives Interesse an substanziellen Gesprächen. Das Jahr 2003 markiert gleichzeitig das ursprünglich vereinbarte Zieldatum für das KEDO-Projekt und das Ende des nordkoreanischen Raketentestmoratoriums. Recht-

zeitige Gesprächskontakte könnten dazu beitragen, eine gefährliche Eskalation zu vermeiden.

3 Beziehungen zu den USA

Das Verhältnis zu den USA unterlag im vergangenen Jahr mehreren Belastungen:

- Die Revision der Nordkoreapolitik war nach Ansicht vieler Beobachter ein Grund für die Stagnation des Prozesses.
- Der geplante Bau von Apartmentblöcken für US-Soldaten auf deren Hauptquartier im Zentrum Seouls. Viele Bewohner Seouls sähen die US-Soldaten gern weniger zentral untergebracht und befürchteten durch die Baupläne eine Perpetuierung des Standorts. In den Chor mischten sich auch USA-kritische Stimmen. Es kam zu Demonstrationen vor den Toren der US Base. Präsident Kim Dae-jung hat sich dadurch veranlasst gesehen, eindeutig für die Präsenz der US-Truppen in Südkorea Position zu beziehen und für eine bessere Aufnahme der US-Truppen zu werben.
- Für weitere negative Schlagzeilen sorgten zwei Vorfälle aus der Geschichte:
 - Nach Aussagen von US-Veteranen sollen US-Offiziere an der Tötung von fast einem Drittel der Bevölkerung der Insel Cheju im Jahr 1948 beteiligt gewesen sein. Bei der Verfolgung angeblich prokommunistischer Kräfte durch südkoreanische Milizen wurden auf Cheju auch viele Unbeteiligte Opfer der Säuberungsaktionen. Bislang wurde die Kenntnis oder gar die Involvierung von US-Offizieren stets bestritten.
 - Die Tötung von über 100 Flüchtlingen durch US-Soldaten während des Koreakrieges nahe dem Ort Nogun-ri wurde bisher als Einzelaktion von US-Soldaten dargestellt. Nun wurde in einem Feature der BBC behauptet, es habe ein Befehl zur Tötung der Flüchtlinge vorgelegen, um die Infiltration nordkoreanische Kräfte zu verhindern. Die Regierungspartei MDP hat daraufhin eine erneute Untersuchung des Vorfalls verlangt.
- Einige US-Kongressabgeordnete brachten die südkoreanische Regierung durch die Einladung des wohl prominentesten Nordkoreaflüchtlings, Hwang Jang-yop, früherer Chefideologe des Nordens und heute scharfer Nordkoreakritiker, in eine unangenehme Situation. Ein Verbot der Ausreise aus dem Süden zur Aussage vor einem Gremium des Kongresses wäre einem Maulkorberlass gleichgekommen. Gleichzeitig fürchtete man in Seoul weitere negative Rückwirkungen auf den Annäherungsprozess, wenn Hwang in den USA Nordkorea heftig anginge. Die Frage wurde schließlich dadurch gelöst, dass Hwang seinen Willen, in die USA zu reisen, später widerrief.
- US-Schutzmaßnahmen u.a. gegen Stahleinfuhren.

Wegen mancher USA-kritischer Äußerung oder auch antiamerikanischer Demonstration von Antiamerikanismus in Südkorea zu sprechen, ginge sicher zu weit. Die USA bleiben, politisch wie wirtschaftlich, der wichtigste Partner Südkoreas. Sie sind mit 37.000 Soldaten in Südkorea präsent und tragen damit erheblich zur Stabilität

auf der koreanischen Halbinsel bei. Sie sind Vorbild für viele Lebensbereiche und prägen das Land von den neu eingerichteten Primaries bis hin zur Gestaltung der Autobahnschilder. Dennoch leidet Südkorea immer wieder unter angeblicher US-amerikanischer Arroganz und zu geringer Rücksichtnahme auf koreanische Interessen. Der Vorwurf lautet, die USA verfolgten in der Region ihre eigenen Interessen, und Hauptpartner sei weiterhin Japan, während gleichzeitig vom stärker werdenden China eine gewisse Faszination ausgehe. Korea habe zwischen diesen beiden Polen nur ein Aschenbröddasein.

Der US-amerikanische Botschafter in Seoul spricht aber insgesamt von einer Verbesserung des Ansehens der USA in Südkorea seit den 80er-Jahren und hält die Demokratisierung des Landes dafür verantwortlich. Zuvor waren die USA oft für die Verfehlungen der Militärregime mit verantwortlich gemacht worden. Die Auseinandersetzungen im letzten Jahr sind auch für den überwiegenden Teil der Bevölkerung Folge unvermeidlicher Interessengegensätze mit einem größeren Partner, nicht aber Beginn eines Feindbilds USA.

3.1 Südkoreanische Beteiligung an den Antiterrormaßnahmen

Die koreanische Regierung hat unmittelbar nach Bekanntwerden der Terroranschläge reagiert und dem wichtigsten Verbündeten Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus zugesagt. Der Bereitschaftsgrad der Streitkräfte wurde erhöht, die Sicherheitsmaßnahmen im Lande mit Schwerpunkt Schutz von US-Liegenschaften durch intensiven Einsatz von Bereitschaftspolizei verstärkt.

Konkret half Korea mit zwei Maßnahmen: Ein Seetransportverband unter dem Codenamen Ocean Star verließ am 18. Dezember 2001 China. Als Einsatzgebiete wurden der Indische sowie der Pazifische Ozean genannt. Ein für die Unterstützung des Feldzuges in Afghanistan bestimmtes Feldlazarett wurde im März nach Kirgisistan verlegt.

Der Bereitschaftsgrad der Streitkräfte wurde Anfang Dezember 2001 wieder auf den normalen Stand zurückgenommen, die Sicherheitsmaßnahmen im Lande auf einer etwas niedrigeren Stufe angesetzt. US-Einrichtungen sind jedoch unverändert Hochsicherheitszonen mit streng reglementierten Zutrittsformalitäten.

4 Beziehungen zu Japan

Neben der Stagnation der Sonnenscheinpolitik war die Auseinandersetzung mit Japan, insbesondere über ein umstrittenes Geschichtsbuch und den Besuch von Premierminister Koizumi im Yasukuni-Schrein, die zweite tiefe außenpolitische Enttäuschung für Präsident Kim Dae-jung im Sommer 2001. Er hatte zu Beginn seiner Amtszeit mit seinem Besuch in Tokyo ein neues Kapitel der bilateralen Beziehungen aufschlagen wollen. Für eine enge gemeinsame Zukunft ist aber ein Bekenntnis Japans zu seiner Verantwortung für das fünfunddreißigjährige Kolonialregime (1910-1945) die Voraussetzung.

Die Zulassung eines Geschichtsbuchs in Japan (unter mehreren), das die Besatzungszeit euphemistisch darstellt und das heikle Thema der Zwangsprostitution nicht anspricht, musste in Korea zu heftigen Reaktionen führen. Die japanische Argumentation, das Buch enthalte keine objektiv falsche Geschichtsdarstellung und nur dann könne die Regierung die Veränderung von Buchpassagen anordnen, fand in Korea kein Verständnis. Nur der Umstand, dass das Buch von weit weniger als einem Prozent der japanischen Schulen als Unterrichtsbuch gewählt wurde, konnte etwas versöhnlichere Töne gegenüber dem japanischen Volk, nicht aber gegenüber Premier Koizumi bewirken.

Sein Besuch im Yasukuni-Schrein, zunächst geplant für den 15. August – in Korea Tag der Befreiung von der japanischen Besatzung, in Japan Tag der Niederlage im 2. Weltkrieg – hat Koizumi in Korea in kurzer Zeit zu einer Unperson werden lassen. Der Yasukuni-Schrein dient u.a. dem Andenken an die für Japan gefallenen Soldaten. Er war in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts Symbol des japanischen Militarismus und ist weiterhin Kulminationspunkt für nationalistische Gruppen in Japan. Besonders umstritten ist der Schrein in Korea, weil dort auch Soldaten gedacht wird, die sich als Kriegsverbrecher schuldig machten. Vorgeworfen wurde Koizumi nicht, dass er den japanischen Opfern der Kriege Ehre erwies, sondern dass er es im Yasukuni-Schrein tat, um damit innenpolitischen Erfordernissen zu entsprechen. Koizumi war der erste japanische Ministerpräsident, der seit den 80er-Jahren den Schrein in offizieller Funktion besuchte. Die Vorverlegung des Besuchs vom 15. auf den 13. August konnte den außenpolitischen Schaden kaum begrenzen. In einer Umfrage im Herbst 2001 nannten 63 Prozent der Südkoreaner Japan als das Land, das sie am wenigsten mögen, danach folgten Nordkorea (10,8%) und die USA (7%).

Trotzdem haben sich die Emotionen wieder gelegt. Entscheidend dazu beigetragen hat das Festhalten von Präsident Kim an der Aussöhnungspolitik mit Japan und die Bereitschaft Koizumis zu versöhnlichen Gesten. Koizumi kam am 15. Oktober 2001 zu einer Kurzvisite nach Seoul und traf Kim Dae-jung kurz danach am Rande des APEC-Gipfels und des ASEAN+3-Treffens. Viel beachtet wurde in Korea auch der Ausspruch des japanischen Kaisers Ende des vergangenen Jahres, dass Korea im 1. Jahrtausend Japan zivilisatorisch positiv beeinflusste und das japanische Kaiserhaus mit dem koreanischen Königreich Paekche verwandtschaftlich verwoben gewesen sei. Der offizielle Besuch Koizumis vom 21. bis zum 23. März 2002 verlief dann schon in erheblich entspannterer Atmosphäre.

Die derzeitige bilaterale Agenda, bestehend aus sieben Punkten, konnte in den vergangenen Monaten zum Teil abgearbeitet werden. Japan und Südkorea schlossen einen Investitionsförderungsvertrag, einigten sich auf die visafreie Einreise von Koreanern in Japan während der WM, vereinbarten die Einsetzung einer Historikerkommission zur gemeinsamen Geschichte, einer Studiengruppe für ein Freihandelsabkommen und lösten die Streitfrage zum Fischfang um die Kurileninseln. Offen bleibt unter anderem das Kriegsgedenken in Japan. Koizumi lässt sich für die Zukunft Besuche im Yasukuni-Schrein zumindest offen. Ein weiterer Konfliktpunkt ist die Benennung des Meeres zwischen Japan und Südkorea. Japan besteht gegenüber

der International Hydrographic Organisation auf der Bezeichnung „Japanisches Meer“, Südkorea sieht dies als Relikt aus der Besatzungszeit und fordert zumindest parallel die Benennung als „Ostmeer“.

Im Rahmen der Allianz gegen den Terror konnte Japan seine Außen- und Sicherheitspolitik im Zuge des Kampfes gegen den Terrorismus sogar wesentlich neu ausrichten und sich mit eigenen militärischen Kräften beteiligen. Zwar waren dazu viele kritische Kommentare in koreanischen Zeitungen zu lesen. Der unter normalen Umständen zu erwartende Sturm der Entrüstung, genährt von Sorgen über neues japanisches Machtstreben, blieb aber aus. Eine militärische Beteiligung Japans auf eindeutiges Bitten der USA nach den Attentaten vom 11. September eignete sich nicht wirklich, um die Gefahren eines japanischen Imperialismus heraufzubeschwören.

Die anstehende gemeinsam ausgetragene Fußballweltmeisterschaft enthält Chancen und Risiken für das bilaterale Verhältnis. Beide Staaten setzen alles daran, die Ausrichtung nicht durch weitere politische Dissonanzen zu belasten. Falls es aber aus irgendeinem Anlass zu einer ähnlichen Emotionalisierung kommt wie im vergangenen Sommer, könnte die internationale Bühne Fußball-WM noch zu einem Verstärker werden. Ferner wären alle Bemühungen Koizumis, zu einer neuen Vertrauensbildung beizutragen, aus koreanischer Sicht obsolet, wenn er auch in diesem Jahr den Weg in den Yasukuni-Schrein antreten sollte. Auch der Schulbuchstreit kann eine Neuauflage erfahren. Die japanischen Behörden haben ein Buch für die Oberschule zugelassen, das die Souveränitätsfrage über eine zwischen beiden Ländern umstrittene Insel aus koreanischer Sicht einseitig beschreibt. Außerdem sollen andere zugelassene Bücher erneut das an den „Trostfrauen“ begangene Unrecht auslassen. Die bisherigen koreanischen Reaktionen deuten aber darauf hin, dass die Verwerfungen in diesem Jahr nicht das Maß des Vorjahrs erreichen werden.

5 Beziehungen zur VR China

Die Beziehungen zu China sind schon seit einiger Zeit entspannt und gut. Der Export nach China erreicht bald die Bedeutung der Exporte nach Japan, bei den Importen ist China hinter den USA und Japan auf einem klaren dritten Platz.

Außenpolitisch setzt Seoul auf eine positive Einflussnahme Pekings auf Nordkorea in Richtung wirtschaftlicher Reform und ganz allmählicher Öffnung. Die Erwartungen an den Besuch Jiang Zemin in Nordkorea im September wurden durch das kurzzeitige Wiederaufblühen des innerkoreanischen Dialogs zunächst erfüllt, doch es fehlte die notwendige Nachhaltigkeit.

China unterstützt die Entspannungspolitik Kim Dae-jungs. Durch eine hohe Zahl (Schätzungen reichen von 10.000 bis 300.000) nordkoreanischer Flüchtlinge/Grenzgänger in den an Nordkorea angrenzenden Gebieten gerät China in eine Zwickmühle zwischen der Solidarität mit Pyongyang und Forderungen – insbesondere südkoreanischer Menschenrechtsgruppen – die Nordkoreaner in China als Flüchtlinge im Sinne der UN-Flüchtlingskonvention zu behandeln. China verneint dies mit Hinweis auf den angeblich wirtschaftlichen Hintergrund der Grenzübertritte

und verfolgt offiziell eine Politik der Rückführung. Nach verschiedenen Berichten erwarten die Rückgeführten in Nordkorea, zumindest in Einzelfällen, erhebliche Sanktionen bis hin zu Folter und Tod. Die Situation dieser Menschen gewann durch die Flucht von 25 Nordkoreanern in die spanische Botschaft in Peking, Mitte März 2002, internationale Aufmerksamkeit.

Peking löste den Fall sehr schnell durch die Ermöglichung der Ausreise über ein Drittland nach Südkorea. Nach einigen Berichten soll danach jedoch das Vorgehen gegen die Nordkoreaner in den chinesischen Grenzgebieten verschärft worden sein. Südkorea und China ist daran gelegen, das Thema nach Möglichkeit nicht zu internationalisieren.

6 Beziehungen zu Russland

Russland unterhält gute Beziehungen zu beiden Teilen Koreas. Im vergangenen Sommer stand die mehrwöchige Reise des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong-il nach Russland im Mittelpunkt des Interesses (Juli/August 2001). Nordkorea erhoffte sich politische, wirtschaftliche und militärische Unterstützung, Südkorea seinerseits erwartete Russlands Unterstützung der Sonnenscheinpolitik.

Moskau versucht weiter eine Rolle im innerkoreanischen Annäherungsprozess zu spielen, ohne – wie früher – Nordkorea als großer Partner zur Verfügung zu stehen. Mögliche zivile oder militärische Projekte mit Nordkorea müssen sich für Russland auch rechnen. Unmittelbare Leistungen Russlands an Nordkorea konnten aus der Reise Kim Jong-ils daher nicht hervorgehen.

Russland hat jedoch ein deutliches Interesse an einer Eisenbahntrasse bis Südkorea durch eine Verbindung der innerkoreanischen Schienenwege. Die beim Treffen zwischen dem südkoreanischen Sondergesandten Lim und Nordkoreas Kim Jong-il im April 2002 vereinbarte Verbindung der innerkoreanischen Eisenbahn im Osten und nicht nur, wie bisher geplant, im Westen oder auf der Seoul-Wonsan-Trasse, könnte auf russische Initiative zurückzuführen sein. Die Osttrasse schafft eine direkte Verbindung zwischen Südkoreas wichtigstem Hafen Pusan und der transsibirischen Eisenbahn und könnte die erhofften Güterstränge dann tatsächlich auf russische Eisenbahnen statt auf chinesische leiten, wenn es je soweit kommt.

Es gab auch immer wieder Berichte über mögliche Energielieferungen Russlands an Pyongyang, die dann mittelbar durch Südkorea im Wege eines Verzichts auf russische Altschulden getilgt werden sollten. Dieses Vorhaben hat sich aber ebenso wenig konkretisiert wie ein gemeinsames Energieprojekt (Erschließung von Gasfeldern in Irkutsk, Pipeline nach Südkorea), das von Seoul und Moskau grundsätzlich angestrebt wird.

7 Beziehungen zur EU

Geprägt werden die Beziehungen – neben dem starken wirtschaftlichen Austausch und damit zusammenhängenden handelspolitischen Fragen – durch den Umgang der EU mit Nordkorea. Im Mai 2001 besuchte die EU-Troika unter der Leitung der

damaligen schwedischen Präsidentschaft Nord- und Südkorea, ein Zeichen für das stärkere Engagement der Union für den koreanischen Annäherungsprozess. Dieses Engagement wird von der südkoreanischen Regierung weiterhin sehr wohlwollend betrachtet. Auch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen europäischer Staaten mit Nordkorea wurde von der südkoreanischen Seite als ein Mittel zur Einbeziehung und Öffnung des Nordens vorangetrieben und begrüßt. In den seitherigen Treffen der EU mit Nordkorea wurde von EU-Seite die Notwendigkeit eines substanziellen Dialogs über Menschenrechte betont, und entsprechende Zusagen Pyongyangs wurden eingefordert. Die Unterstützung der EU für Nordkorea setzt sich aus humanitärer Hilfe und Beiträgen zum KEDO-Projekt zusammen. In der Zukunft sollen erste Projekte im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, etwa bei der Vermittlung von Know-how über die Mechanismen der Weltwirtschaft und der Informationstechnologie durchgeführt werden.

8 Beziehungen zu Deutschland

Deutschland hat die EU-Politik befürwortet und mit gestaltet. Der Deutsche Bundestag hat mit der Entschließung zu „Frieden, Stabilität und Einheit auf der koreanischen Halbinsel“ vom 31. Mai 2001 die Unterstützung für den innerkoreanischen Annäherungsprozess unterstrichen und eine Stärkung der Menschenrechte und demokratischen Prinzipien in Nordkorea eingefordert. Die deutschen Erfahrungen mit Teilung, Annäherungspolitik, Wende und anschließendem Einigungsprozess bieten der koreanischen Politik und Wissenschaft viele Anregungen für den eigenen Weg.

Der politische Dialog auf hoher Ebene ist intensiv. Zuletzt besuchte Präsident Kim Dae-Jung vom 8. bis zum 10. März 2000 Deutschland und hielt dort seine „Berliner Rede“, die eine detaillierte Beschreibung der Sonnenscheinpolitik enthielt und einen wichtigen Punkt auf dem Weg zum innerkoreanischen Gipfel im Juni 2000 markierte.

Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten sind eng. Korea ist für Deutschland mittlerweile der dritt wichtigste Absatzmarkt in Asien (nach Japan und China). Das Handelsvolumen betrug bis 1997 noch mehr als 10 Mrd. US\$ jährlich, bevor mit der Asienkrise Ende 1997 insbesondere bei den deutschen Exporten ein Einbruch erfolgte. Inzwischen hat sich die südkoreanische Wirtschaft von den Schockwellen der Krise wieder gut erholt. Deutschland war im Jahr 2001 mit einem Volumen vom ca. 8,8 Mrd. US\$ wichtigster europäischer Handelspartner sowie zweitgrößter europäischer Investor in Korea (realisierte Investitionen insgesamt ca. 4,9 Mrd. US\$). Rund 200 deutsche Unternehmen sind in Südkorea vertreten.

Von den guten kulturellen Bindungen zeugen u.a. die insgesamt 33 koreanisch-deutschen Kulturgesellschaften und die hohe Zahl koreanischer Studenten, die in Deutschland studiert haben. Eine Vielzahl von ihnen hält durch Alumni-Vereinigungen (z.B. DAAD-, Alexander-von-Humboldt-Alumni) die Beziehung zu Deutschland aufrecht.

Deutsch ist immer noch eine begehrte Fremdsprache. Beinahe 250.000 Schüler und Studenten lernen Deutsch. Etwa 5.000 koreanische Studenten studieren an deutschen Universitäten.

9 **Ausblick**

Wirtschaftlich hat sich Südkorea sehr schnell an den eigenen Haaren aus dem Sumpf der Finanzkrise gezogen und in den jüngsten weltwirtschaftlichen Turbulenzen erstaunliche Festigkeit bewiesen. Nicht alle notwendigen Reformen sind voll umgesetzt, nicht alle Gefahren von fehlender Transparenz und Großkonglomeraten ausgeräumt, aber insbesondere der Bankensektor hat an Stabilität gewonnen, und die Vorzeichen stehen in diesem Jahr wieder auf ein für europäische Verhältnisse traumhaftes Wachstum von über 4%.

Innen- und außenpolitisch waren die vergangenen Monate für Präsident Kim Dae-jung weniger erfolgreich. Rückschritte im Annäherungsprozess mit Nordkorea, Rückschritte in der Aussöhnung mit Japan, viele kleinere und größere Verstimmungen mit den USA. Auf allen Fronten scheinen die Aussichten nun wieder besser.

Premierminister Koizumi hat sich doch noch als Partner für Präsident Kim erwiesen.

Der Norden bleibt zwar verschlossen und unberechenbar. Ein neuer Gipfel mit Kim Jong-il noch in diesem Jahr ist unwahrscheinlich, vielleicht gar nicht wünschenswert. Er würde zu stark den Ruch der Einflussnahme auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen erhalten und damit eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Fortsetzung der Annäherungspolitik auf südkoreanischer Seite, die Schaffung eines tragfähigen nationalen Konsenses, beschädigen. Wenn einige der verabredeten Projekte vorangetrieben werden könnten, tatsächlich eine Eisenbahnverbindung zwischen beiden koreanischen Staaten entstünde und der Dialog Nordkoreas mit den Vereinigten Staaten wieder angeknüpft würde, wäre wahrscheinlich mehr erreicht. Dafür sind die Aussichten nach dem Lim-Besuch wieder etwas besser geworden.

In den nächsten Monaten werden der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen im Dezember – bei denen Präsident Kim aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht noch einmal antreten kann – sowie die Ausrichtung von Fußballweltmeisterschaft und Asienspielen im Vordergrund stehen. Genug Herausforderungen für die letzten sechs Monate Präsidentschaft des Friedensnobelpreisträgers und immer noch ehrgeizigen Kim Dae-jung.

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-281-6

Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2002

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

CIP-Titelaufnahme:

<p>Korea 2002. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Patrick Köllner. – Hamburg : IFA, 2002. – 305 S. ISSN 1432-0142 ISBN 3-88910-281-6</p>
--



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).